

Kassel, 27.08.2010

## Niederschrift

über die **42. öffentliche Sitzung**  
**des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung**  
am Donnerstag, 19.08.2010, 17.00 Uhr,  
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

**Anwesende:** Siehe Anwesenheitsliste  
(Bestandteil der Niederschrift)

### Tagesordnung:

- |    |  |             |
|----|--|-------------|
| 1. | Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung) | 101.16.1795 |
| 2. | Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel   | 101.16.1796 |
| 3. | Frauenförderplan für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel"   | 101.16.1797 |
| 4. | Ausbau des Rettungsdienstes  | 101.16.1777 |
| 5. | UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen   | 101.16.1781 |
| 6. | Standorte Notarztsysteme   | 101.16.1792 |
| 7. | Straftaten konsequent zur Anzeige bringen  | 101.16.1793 |
| 8. | Integrationsbeauftragter   | 101.16.1784 |
| 9. | GPS im Ordnungsamt   | 101.16.1800 |

Vorsitzender Kieselbach eröffnet die mit der Einladung vom 11.08.2010 ordnungsgemäß einberufene 42. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Dr. Eichler, SPD-Fraktion, regt an den Tagesordnungspunkt 6 abzusetzen, damit er in der nächsten Sitzung nach dem Bericht des Magistrats zum Ausbau des Rettungsdienstes behandelt werden kann. Nachdem Bürgermeister Kaiser zusichert, dass bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses keine vollendeten Fakten geschaffen werden, beantragt Stadtverordneter Kortmann den Tagesordnungspunkt 6

**Standorte Notarztsysteme**  
Antrag der CDU-Fraktion  
101.16.1792

von der Tagesordnung abzusetzen.

Ausschussvorsitzender Kieselbach teilt mit, dass für die Gäste ein Ordner mit Sitzungsunterlagen zur Einsichtnahme ausliegt.

- 1. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung)**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1795 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei  
Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung), 101.16.1795, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

- 2. Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1796 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung für das Jugendamt der Stadt Kassel in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Aufgrund verschiedener Fragen der Ausschussmitglieder kamen Zweifel in Bezug auf fachliche Inhalte auf, die im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu klären wären, so dass entschieden wurde, die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln, nachdem diese im entsprechenden Fachausschuss beraten wurde.

### **Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.**

### **3. Frauenförderplan für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel"**

Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1797 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem beiliegenden Bericht zum Frauenförderplan für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ für die Zeit vom 01.01.2008 bis zum 30.06.2010 (Anlage 1) Kenntnis und stimmt den beigefügten Zielvorgaben zum Frauenförderplan für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ für die Zeit vom 01.07.2010 bis zum 31.12.2011/30.06.2012 (Anlage 2) zu.“

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Frauenförderplan für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel", 101.16.1797, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kortmann

### **4. Ausbau des Rettungsdienstes**

Antrag der SPD-Fraktion  
- 101.16.1777 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung über den aktuellen Stand des Ausbaus des Rettungsdienstes in der Stadt (und dem Landkreis Kassel) zu informieren, des weiteren insbesondere über Zeitplan der Umsetzung des Ausbaus, Standorte und Betreiber der Rettungswachen sowie das Rettungsdienstsystem im Stadtgebiet insgesamt.

Stadtverordneter Dr. Eichler begründet den Antrag seiner Fraktion und ändert diesen im Laufe der Diskussion ab.

### ➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung über den **Verfahrensstand** des Ausbaus des Rettungsdienstes in der Stadt (und dem Landkreis Kassel) zu informieren, des weiteren insbesondere über Zeitplan der Umsetzung des Ausbaus, Standorte und Betreiber der Rettungswachen sowie das Rettungsdienstsystem im Stadtgebiet insgesamt **und den Verfahrensstand des Ausbaus des Luftrettungssystems Kassel.**

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Ausbau des Rettungsdienstes, 101.16.1777, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Fürsch

## **5. UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1781 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu erarbeiten.  
In den Aktionsplan fließen die bisherigen Aktivitäten, wie beispielsweise die Umsetzung der Barcelona-Erklärung, die Umsetzung von Barrierefreiheit oder der Ausbau von Integrationsfirmen ein und werden weiter entwickelt.  
Entsprechend dem Ziel der Inklusion wird der Aktionsplan orientiert an grundlegenden Lebensbereichen politikfeldübergreifend gestaltet. Besondere Bedeutung haben hierbei die gemeinsame Erziehung und Bildung behinderter und nicht behinderter Kinder und Jugendlicher, der Zugang und die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt, die Verwirklichung umfassender Barrierefreiheit sowie der weitere Ausbau gemeindeintegrierter Wohn- und Assistenzformen.

2. Der Magistrat wird beauftragt im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die erreichten Fortschritte zu berichten. Insbesondere im Hinblick auf
- Barrierefreiheit im Rathaus / bzw. öffentlicher städtischer Einrichtungen
  - Barrierefreiheit ÖPNV
  - Förderung integrierter Ansätze zur aktiven Eingliederung
  - Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt
  - Erfüllung der Pflichtquote zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Rathaus selbst und der städtischen Betriebe

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 101.16.1781, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

### **6. Standorte Notarztsysteme**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1792 -

**Abgesetzt.**

### **7. Straftaten konsequent zur Anzeige bringen**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1793 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Straftaten gegen öffentliches und städtisches Eigentum auch dann konsequent zur Anzeige zu bringen, wenn er nicht damit rechnet, das Eigentum zurückzuerhalten oder Schadenersatz zu bekommen.

Vorsitzender Kieselbach übergibt die Sitzungsleitung an den 1. stellvertretenden Vorsitzenden Liebetrau aufgrund eigener Wortmeldung. Stadtverordneter Kieselbach begründet den Antrag seiner Fraktion ausführlich.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei  
Zustimmung: CDU  
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP  
Enthaltung: --  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Straftaten konsequent zur Anzeige bringen,  
101.16.1793, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

#### **8. Integrationsbeauftragter** Anfrage der CDU-Fraktion - 101.16.1784 -

#### **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wer hat den amtierenden Integrationsbeauftragten, Herrn Jürgen Rösler, ernannt?
2. Wofür ist der Integrationsbeauftragte im Einzelnen zuständig?
3. Inwieweit unterscheiden oder überschneiden sich die Aufgaben des Integrationsbeauftragten von den Aufgaben des ehemaligen Aussiedlerbeauftragten Johann Thießen?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage (siehe Anlage 1). In diesem Zusammenhang teilt er mit, dass Herr Jürgen Rösler nicht mehr Integrationsbeauftragter ist. Die schriftliche Antwort soll auch mit der Einladung zur nächsten Sitzung versandt werden. Offene Fragen der Ausschussmitglieder können dann in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

#### **Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.**

#### **9. GPS im Ordnungsamt** Anfrage der SPD-Fraktion - 101.16.1800 -

#### **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

Ist es richtig, dass das Ordnungsamt den Einsatz einer GPS-gestützten Ortungssoftware beabsichtigt?  
Wenn ja: Aus welchem Grund und unter welchen Rahmenbedingungen?

Stadtverordnete Bogdon, SPD-Fraktion, erläutert die Anfrage ihrer Fraktion, die im Anschluss von Bürgermeister Kaiser beantwortet wird (siehe Anlage 2).  
In der sich anschließenden Diskussion beantworten Bürgermeister Kaiser und Herr Heiser, Leiter des Ordnungsamtes, die Fragen der Ausschussmitglieder.  
Vorsitzender Kieselbach erklärt die Anfrage für erledigt.

**Die Anfrage ist durch Bürgermeister Kaiser beantwortet.**

**Ende der Sitzung:** 18:15 Uhr

Wolfram Kieselbach  
Vorsitzender

Andrea Turski  
Schriftführerin

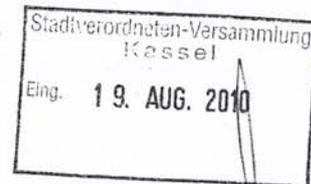
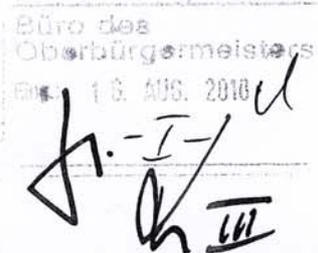
# Anlage 1

Haupt u. Bürgeramt  
- 10 -

Kassel, den 03.08.2010  
Herr Bieker, Tel. 2187

An - III -

über - I -



**Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung  
Integrationsbeauftragter  
Anfrage der CDU-Fraktion  
Vorlage Nr. 101.16.1784**

**Informationen zur Vorbereitung der Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht,  
Integration und Gleichstellung am 19. August 2010**

- 1. Wer hat den amtierenden Integrationsbeauftragten, Herrn Jürgen Rösler, ernannt?**  
Die/der Integrationsbeauftragte wurde bzw. wird nicht ernannt, sondern nach einer (internen) Stellenausschreibung im Rahmen eines Auswahlverfahrens ausgesucht und in ihr/sein Aufgabengebiet eingeführt.
- 2. Wofür ist der Integrationsbeauftragte im Einzelnen zuständig?**  
Die/der Integrationsbeauftragte ist im Einzelnen für folgende Aufgaben zuständig:
  - Erarbeitung eines integrationspolitischen Gesamtkonzeptes mit konkreten Vorschlägen für den Aufbau und die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes in der Stadt Kassel
  - Planen und Durchführen eines Beteiligungsprozesses zur breiten Akzeptanz des Gesamtkonzeptes durch relevante Integrationsakteure der Stadtgesellschaft
  - Erstellen von Vorlagen und Stellungnahmen zu integrationsrelevanten Fragestellungen
  - Durchführen von Projekten zur Umsetzung von Integrationsmaßnahmen
  - Gewinnen von Kooperationspartnern, Einbinden von Fachabteilungen, Ausländerbeirat, Kirchen, Bildungsträgern, Verbänden und der Bundesagentur für Arbeit
  - Aufbau und Pflege von Vernetzungsstrukturen, insbesondere mit den verschiedenen Migrantengruppen
  - Unterstützen von externen Arbeitskreisen zur Förderung von Integrationsbemühungen und regelmäßige Kontakte zu Migrantenselbstorganisationen
  - Durchführung von und Teilnahme an interkulturellen Veranstaltungen
  - Zusammenarbeit mit der Programmkoordination "Modellregionen Integration" bei der Entwicklung und Umsetzung eines Integrationsmonitorings mit dem Ziel der Nachhaltigkeit
  - Unterstützung bei der Haushaltsplanung und der Beantragung von Fördermitteln

**3. Inwieweit unterscheiden oder überschneiden sich die Aufgaben des Integrationsbeauftragten von den Aufgaben des ehemaligen Aussiedlerbeauftragten Thießen?**

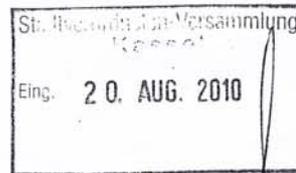
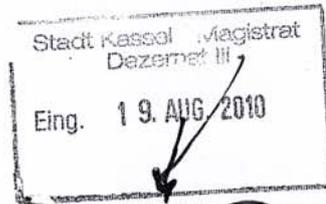
Der Unterschied bestand und besteht darin, dass sich die Aufgabenstellungen des ehemaligen und jetzigen Aussiedlerbeauftragten im Besonderen auf die Personengruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler beziehen und u.a. die Pflege, Bewahrung und Fortentwicklung der geistigen und kulturellen Überlieferungen aus den Heimatgebieten beinhalten. Aussiedlerbeauftragter ist und bleibt Herr Amtsrat Manfred Kimm, der zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (- IG -) gehört.

Ordnungsamt

- 32 -

18. August 2010

- III -



⇒ - 16 -

## Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung (Donnerstag, 19. August 2010, 17.00 Uhr)

Anfrage der SPD-Fraktion (Fragestellerin Frau Bärbel Bogdon)

### GPS im Ordnungsamt

#### Frage:

Ist es richtig, dass das Ordnungsamt den Einsatz einer GPS-gestützten Ortungssoftware beabsichtigt?  
Wenn ja, aus welchem Grund und unter welchen Rahmenbedingungen?

#### Antwort:

Unter Leitung des Ordnungsamtes wurde in den Jahren 2008/2009 ein ämterübergreifender Maßnahmenkatalog entwickelt, um die Problematik der unterschiedlichen Szenen aufgrund des Alkohol- und Drogenkonsums in der Öffentlichkeit zukünftig effektiver angehen zu können. Hintergrund waren massive Bürgerbeschwerden insbesondere im Jahr 2008 und damit einhergehende Forderungen an die Politik und Verwaltung, deutliche Zeichen zu setzen.

Der Maßnahmenkatalog enthält eine Vielzahl präventiver und repressiver/ordnungs-politischer Maßnahmen, die als Dauerauftrag z.B. für Jugendamt, Gesundheitsamt, Sozialamt, Ordnungsamt, Stadtreiniger aber für externe soziale Träger und die Polizei Bestand haben.

Eine dieser Maßnahmen war eine Aufstockung der Ordnungspolizeibeamten des besonderen Vollzugsdienstes und damit einhergehend eine **wesentliche Ausweitung der Einsatzzeiten**. Seit dem Jahr 2009 wird nunmehr im Zweischichtsystem an sechs Tagen in der Woche (montags bis samstags) Dienst bis 24.00 Uhr durchgeführt.

Das bedeutet, dass üblicherweise die jeweilige Streife geplant gegen 24.00 Uhr zum Ordnungsamt zurückkehrt, sich dort umzieht und dann nach Hause fährt. Die Leitstelle des Ordnungsamtes, von der aus der Funkverkehr bedient und überwacht wird, ist zu dieser Zeit aufgrund der mangelnden Personalressourcen nicht besetzt.

Wenn die Streife in Auseinandersetzungen verwickelt werden sollte oder sonstige erhebliche Probleme auftreten und gegen 24.00 Uhr keine Rückkehr zum Ordnungsamt erfolgt, so besteht unter Umständen keine Möglichkeit, den Standort der eingesetzten Kräfte festzustellen, insbesondere keine Hilfe im Notfall herbei zu holen. **Das Fehlen einer Streife aufgrund eines Vorfalls am Samstagabend würde den Vorgesetzten also erst am Montag morgen auffallen können.**

Aus diesem Grund wurde ein **Modellversuch** begonnen, um beispielhaft mit zwei Sendern eine Standortpositionierung mit Unterstützung von GPS durchzuführen. Diese Sender enthalten einen roten Notfallknopf, mit dem in einer konkreten Bedrohungslage durch den jeweiligen Ordnungspolizeibeamten nicht nur die Alarmmeldung, sondern zugleich auch die konkrete Position gesendet werden kann. Es gibt Überlegungen, diese Alarmierung dann bei den rund um die Uhr besetzten Leitstellen der Polizei oder auch der Berufsfeuerwehr auflaufen zu lassen. Wenn die Leitstelle des Ordnungsamtes im Tagesdienst besetzt ist, könnte die Alarmierung auch hierhin erfolgen.

Weiterhin ist beabsichtigt, den Ordnungspolizeibeamten die Arbeit bei Überwachungen und Kontrollen wesentlich zu erleichtern, indem z.B. festgestellte Trinkerszenen, Beobachtungen, getroffene Maßnahmen und die Hinzuziehung Dritter (Polizei, Rettungsdienste usw.) **direkt in das System eingegeben** werden können. Bisher erfolgt die Eingabe zeitaufwendig und manuell in einfache Excel-Tabellen nach Rückkehr in das Ordnungsamt, so dass weniger Zeiteile für den Einsatz auf der Straße zur Verfügung stehen.

**Die für das Ordnungsamt zuständige Vertreterin des Personalrates wurde von Anfang an an der Planung und Durchführung des Modellversuches beteiligt.**

Der Modellversuch musste aufgrund einzelner technischer Probleme zwischenzeitlich ausgesetzt werden.

gez. Heiser

## Anwesenheitsliste

zur 42. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht,  
Integration und Gleichstellung am  
**Donnerstag, 19.08.2010, 17.00 Uhr**  
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

### Mitglieder

Wolfram Kieselbach, CDU  
Vorsitzender

  
\_\_\_\_\_

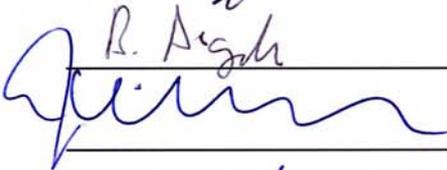
Peter Liebetrau, SPD  
1. stellvertretender Vorsitzender

  
\_\_\_\_\_

Frank Oberbrunner, FDP  
2. stellvertretender Vorsitzender

  
\_\_\_\_\_

Barbara Bogdon, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Dr. Manuel Eichler, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

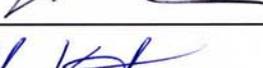
Gabriele Jakat, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

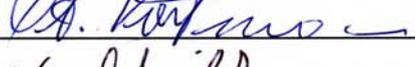
Monika Sprafke, SPD  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

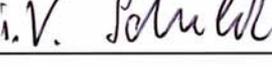
Friedhelm Alster, CDU  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

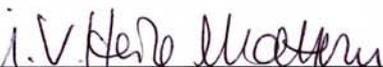
Stefan Kortmann, CDU  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

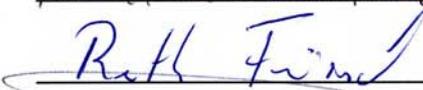
Johann Thießen, CDU  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Wolfgang Friedrich, B90 / Grüne  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Ruth Fürsch, B90 / Grüne  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

Axel Selbert, Kasseler Linke.ASG  
Mitglied

  
\_\_\_\_\_

### Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler  
Stadtverordneter

\_\_\_\_\_

Nuray Yildirim, AUF Kassel  
Stadtverordnete

Izzet Pehlivan,  
Vertreter des Ausländerbeirates

**Magistrat**

Jürgen Kaiser, SPD  
Bürgermeister

**Schriftführung**

Andrea Turski,  
Schriftführerin

**Verwaltung/Gäste**

Beth -30-

M. Schwesdtfeger III K

G. Gehlen, HNA

Carst Walter -18-58-

Osterbrink, Judith -51-

Krütt, Karl-Hein -37-

Kettenbeil, Claudia -70F-

Heller, Jule -70-

Thomas Alexander

Stef. Schubert -32-

I. Pehlivan

J. Kaiser

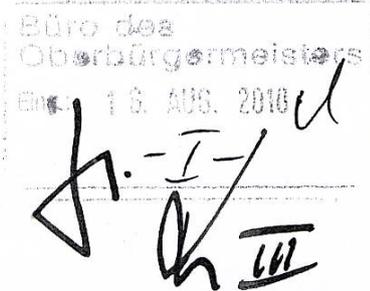
A. Turski

Haupt- u. Bürgeramt  
- 10 -

Kassel, den 03.08.2010  
Herr Bieker, Tel. 2187

An - III -

über - I -



**Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung  
Integrationsbeauftragter  
Anfrage der CDU-Fraktion  
Vorlage Nr. 101.16.1784**

**Informationen zur Vorbereitung der Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht,  
Integration und Gleichstellung am 19. August 2010**

**1. Wer hat den amtierenden Integrationsbeauftragten, Herrn Jürgen Rösler, ernannt?**

Die/der Integrationsbeauftragte wurde bzw. wird nicht ernannt, sondern nach einer (internen) Stellenausschreibung im Rahmen eines Auswahlverfahrens ausgesucht und in ihr/sein Aufgabengebiet eingeführt.

**2. Wofür ist der Integrationsbeauftragte im Einzelnen zuständig?**

Die/der Integrationsbeauftragte ist im Einzelnen für folgende Aufgaben zuständig:

- Erarbeitung eines integrationspolitischen Gesamtkonzeptes mit konkreten Vorschlägen für den Aufbau und die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes in der Stadt Kassel
- Planen und Durchführen eines Beteiligungsprozesses zur breiten Akzeptanz des Gesamtkonzeptes durch relevante Integrationsakteure der Stadtgesellschaft
- Erstellen von Vorlagen und Stellungnahmen zu integrationsrelevanten Fragestellungen
- Durchführen von Projekten zur Umsetzung von Integrationsmaßnahmen
- Gewinnen von Kooperationspartnern, Einbinden von Fachabteilungen, Ausländerbeirat, Kirchen, Bildungsträgern, Verbänden und der Bundesagentur für Arbeit
- Aufbau und Pflege von Vernetzungsstrukturen, insbesondere mit den verschiedenen Migrantengruppen
- Unterstützen von externen Arbeitskreisen zur Förderung von Integrationsbemühungen und regelmäßige Kontakte zu Migrantenselbstorganisationen
- Durchführung von und Teilnahme an interkulturellen Veranstaltungen
- Zusammenarbeit mit der Programmkoordination "Modellregionen Integration" bei der Entwicklung und Umsetzung eines Integrationsmonitorings mit dem Ziel der Nachhaltigkeit
- Unterstützung bei der Haushaltsplanung und der Beantragung von Fördermitteln

**3. Inwieweit unterscheiden oder überschneiden sich die Aufgaben des Integrationsbeauftragten von den Aufgaben des ehemaligen Aussiedlerbeauftragten Thießen?**

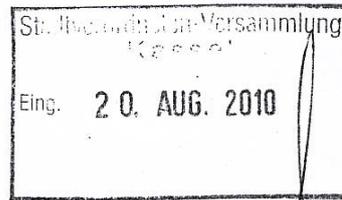
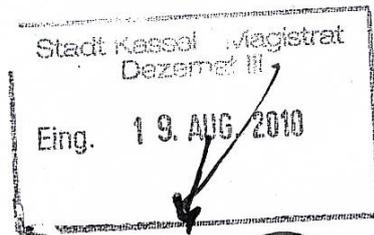
Der Unterschied bestand und besteht darin, dass sich die Aufgabenstellungen des ehemaligen und jetzigen Aussiedlerbeauftragten im Besonderen auf die Personengruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler beziehen und u.a. die Pflege, Bewahrung und Fortentwicklung der geistigen und kulturellen Überlieferungen aus den Heimatgebieten beinhalten. Aussiedlerbeauftragter ist und bleibt Herr Amtsrat Manfred Kimm, der zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (- IG -) gehört.

Ordnungsamt

- 32 -

18. August 2010

- III -



⇒ - 16 -

## Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung (Donnerstag, 19. August 2010, 17.00 Uhr)

Anfrage der SPD-Fraktion (Fragestellerin Frau Bärbel Bogdon)

### GPS im Ordnungsamt

#### Frage:

Ist es richtig, dass das Ordnungsamt den Einsatz einer GPS-gestützten Ortungssoftware beabsichtigt?  
Wenn ja, aus welchem Grund und unter welchen Rahmenbedingungen?

#### Antwort:

Unter Leitung des Ordnungsamtes wurde in den Jahren 2008/2009 ein ämterübergreifender Maßnahmenkatalog entwickelt, um die Problematik der unterschiedlichen Szenen aufgrund des Alkohol- und Drogenkonsums in der Öffentlichkeit zukünftig effektiver angehen zu können. Hintergrund waren massive Bürgerbeschwerden insbesondere im Jahr 2008 und damit einhergehende Forderungen an die Politik und Verwaltung, deutliche Zeichen zu setzen.

Der Maßnahmenkatalog enthält eine Vielzahl präventiver und repressiver/ordnungs-politischer Maßnahmen, die als Dauerauftrag z.B. für Jugendamt, Gesundheitsamt, Sozialamt, Ordnungsamt, Stadtreiniger aber für externe soziale Träger und die Polizei Bestand haben.

Eine dieser Maßnahmen war eine Aufstockung der Ordnungspolizeibeamten des besonderen Vollzugsdienstes und damit einhergehend eine **wesentliche Ausweitung der Einsatzzeiten**. Seit dem Jahr 2009 wird nunmehr im Zweischichtsystem an sechs Tagen in der Woche (montags bis samstags) Dienst bis 24.00 Uhr durchgeführt.

Das bedeutet, dass üblicherweise die jeweilige Streife geplant gegen 24.00 Uhr zum Ordnungsamt zurückkehrt, sich dort umzieht und dann nach Hause fährt. Die Leitstelle des Ordnungsamtes, von der aus der Funkverkehr bedient und überwacht wird, ist zu dieser Zeit aufgrund der mangelnden Personalressourcen nicht besetzt.

Wenn die Streife in Auseinandersetzungen verwickelt werden sollte oder sonstige erhebliche Probleme auftreten und gegen 24.00 Uhr keine Rückkehr zum Ordnungsamt erfolgt, so besteht unter Umständen keine Möglichkeit, den Standort der eingesetzten Kräfte festzustellen, insbesondere keine Hilfe im Notfall herbei zu holen. **Das Fehlen einer Streife aufgrund eines Vorfalls am Samstagabend würde den Vorgesetzten also erst am Montag morgen auffallen können.**

Aus diesem Grund wurde ein **Modellversuch** begonnen, um beispielhaft mit zwei Sendern eine Standortpositionierung mit Unterstützung von GPS durchzuführen. Diese Sender enthalten einen roten Notfallknopf, mit dem in einer konkreten Bedrohungslage durch den jeweiligen Ordnungspolizeibeamten nicht nur die Alarmmeldung, sondern zugleich auch die konkrete Position gesendet werden kann. Es gibt Überlegungen, diese Alarmierung dann bei den rund um die Uhr besetzten Leitstellen der Polizei oder auch der Berufsfeuerwehr auflaufen zu lassen. Wenn die Leitstelle des Ordnungsamtes im Tagesdienst besetzt ist, könnte die Alarmierung auch hierhin erfolgen.

Weiterhin ist beabsichtigt, den Ordnungspolizeibeamten die Arbeit bei Überwachungen und Kontrollen wesentlich zu erleichtern, indem z.B. festgestellte Trinkerszenen, Beobachtungen, getroffene Maßnahmen und die Hinzuziehung Dritter (Polizei, Rettungsdienste usw.) **direkt in das System eingegeben** werden können. Bisher erfolgt die Eingabe zeitaufwendig und manuell in einfache Excel-Tabellen nach Rückkehr in das Ordnungsamt, so dass weniger Zeitanteile für den Einsatz auf der Straße zur Verfügung stehen.

**Die für das Ordnungsamt zuständige Vertreterin des Personalrates wurde von Anfang an an der Planung und Durchführung des Modellversuches beteiligt.**

Der Modellversuch musste aufgrund einzelner technischer Probleme zwischenzeitlich ausgesetzt werden.

gez. Heiser